

März 2020

Eine feministische Antwort auf Corona & die Kapitalismuskrise



Die Pandemie und die verschärften Alltagseinschränkungen treffen die Menschen auf der ganzen Welt mit voller Wucht. Mit der Schliessung von Institutionen, dem Ausfall von Bildungs- und Betreuungsstrukturen, dem Einsetzen von Kurzarbeit und vermehrten Entlassungen, der Kontrolle des öffentlichen Lebens und des Isolationszwangs sowie der geschlossenen Grenzen werden die Widersprüche des Kapitalismus deutlich. Der Notstand trifft diejenigen Menschen, die das gegenwärtige System marginalisiert hat, am stärksten.¹ Als feministisches / Frauen*streik-Kollektiv schärft sich damit unser Standpunkt in der aktuellen Situation. Der langjährige Fokus auf Profit und Sparpolitik, Individualismus und die Abwertung von Care-Arbeit sind dafür verantwortlich, dass der Corona-Virus die Welt so erschüttert. Das bedeutet am Ende auch, dass wir gerade alle aufgrund eines vernachlässigten Gesundheitssystems zu Hause bleiben müssen und viele Grundrechte eingeschränkt werden.

Als feministisches / Frauen*streik-Kollektiv rufen wir dazu auf, gemeinsame Formen des Zusammenhalts und Widerstands zu finden, die rücksichtsvolles Handeln, gleiche Rechte für alle und einen radikalen feministischen Wandel bedeuten. Auch wenn viele von uns physisch sehr weit voneinander getrennt sind, wollen wir in unserer Antwort kollektiv sein, uns international vernetzen und für eine gerechtere Welt sorgen.

Von unsichtbar zu systemrelevant

«Unsere Arbeit ist verdammt viel wert – ohne uns steht alles still.» Unser Streik-Slogan aus dem letzten Jahr ist heute aktueller denn je. Würden Frauen*, Trans*, Inter* und genderqueeren* Menschen (im Folgenden als

¹ «Marginalisierung» ist die Diskriminierung und Verdrängung von Personen und Gruppen an den Rand der Gesellschaft.

FTIQ* abgekürzt)² jetzt ihre Arbeit niederlegen, stünde die gegenwärtige Gesellschaft am Ende. Viele FTIQ* arbeiten in Berufen, in denen Home-Office nicht möglich ist – sie können sich den Hashtag *#stayathome* nicht leisten. Sogar Arbeiter*innen, die der definierten Risikogruppe angehören, werden gezwungen, weiter arbeiten zu gehen. Gleichzeitig sind Betreuungs- und Bildungsinstitutionen für fast alle geschlossen und die Kinder müssen plötzlich ganztags häuslich betreut werden. Wie zeigt sich die Gesellschaft solidarisch mit einer Pflegefachfrau*, die nebst ihrer Lohnarbeit ihre Kinder betreuen, Bildungsaufgaben übernehmen, einen Elternteil pflegen und gleichzeitig häusliche Arbeiten verrichtet? Und was passiert, wenn sie selbst an COVID19 erkrankt? Auf welche Hilfe kann die Sans-Papier-Reinigungskraft zählen, die von heute auf morgen ihren Job verliert und kein Geld für Essen hat, die in akuter Angst lebt, plötzlich ausgeschafft zu werden? Wo bleibt die Unterstützung für Sexarbeitende, die durch den Einkommensausfall von Armut und Obdachlosigkeit bedroht sind? Wie geht es der Kassiererin*, die jeden Tag arbeitet und Angst hat, Menschen mit dem tödlichen Virus anzustecken – und sich das Tablet für ihre Kinder dennoch nicht leisten kann, das für die Online-Bildung nötig ist? Welchen Wert hat all ihre unentbehrliche Arbeit?

Die Care-Krise (be)trifft uns alle

Der drohende Zusammenbruch des Gesundheitssystems ist ein Szenario, das sehr plötzlich – jedoch nicht unerwartet kam. Es ist nur ein schlecht kalkuliertes Risiko, das auf dem Rücken der marginalisierten Menschen ausgetragen wird. Die extreme Überlastung des Gesundheitssystems ist in

² Das Sternchen deutet auf das Konstruiertsein der Geschlechterkategorien und die Berücksichtigung sämtlicher Identitätsformen und Lebensweisen hin.

vielen Ländern absehbar gewesen oder bereits Realität. Seit langem warnen Feminist*innen davor, Pflege und Gesundheit als Ware zu (be)handeln, den «Gürtel enger zu schnallen» und Fürsorge «effizienter» zu gestalten. Eine Praxis, die leider in den letzten 30 Jahren zur Normalität wurde. Durch Corona wird dieses Problem des krankgesparten Gesundheitswesens erstmals für fast alle spürbar.

Care-Arbeit wird grösstenteils von FTIQ* geleistet und zugleich systematisch unterbezahlt: In der Pflege im Spital, bei der Spitex, im Alters- und Pflegeheim, in der Reinigung, in der Betreuung in der KiTa und im Kindergarten. Zusätzlich wird diese Form der Arbeit auch in den «privaten» Rahmen der Familie auf FTIQ* abgewälzt und bringt sie in eine Situation der Mehrfachbelastung.³ Veraltete Geschlechterrollen, das ungerechte Lohngefälle und prekäre Anstellungsformen benachteiligen FTIQ* strukturell. Dies könnte sich jetzt verstärken, denn die Massnahmen drängen einige von ihnen in die Kleinfamilienstruktur zurück (und verunmöglichen andere Familienmodelle), wenn sie wegen des schlechteren Gehalts die Kinderbetreuung übernehmen und damit zurückstecken müssen.

Nun werden die sich aufopfernden «systemrelevanten» Arbeiter*innen plötzlich ins Rampenlicht gezerrt und teils zweimal täglich von den Balkonen aus mit Applaus und gerührter Dankbarkeit versorgt. Doch dies

³ Offizielle Statistiken und manche feministische Diskurse verlaufen entlang binärer (zweigeteilter) geschlechtlicher Vorstellungen, was dazu führt, dass die ausbeuterischen Strukturen in ihrer vergeschlechtlichten Dimension für FTIQ* in vollem Umfang unsichtbar bleiben. Danach gehend wird Care-Arbeit hauptsächlich von Frauen* geleistet, jedoch sind auch Trans*-Frauen*, Inter* und genderqueere* Personen betroffen. («Vergeschlechtlichung» bezeichnet das Herstellen sozialer Unterschiede auf Basis von Zuschreibung stereotyper Geschlechterrollen.)

übertönt unsere Fragen nicht: Wieso wird diese «systemrelevante» Arbeit am schlechtesten – oder gar nicht – bezahlt? Weshalb wird sie noch immer praktisch ausschliesslich von FTIQ* erledigt? Applaus ist nett – er zahlt sich aber nicht aus. Vor allem nicht dann, wenn noch während der Danksagung die Arbeitsbedingungen weiter verschärft werden. Dies auch im Fall von Betreuer*innen, die neuerdings für den gleichen, miserablen Lohn alleine auf bis zu 40 Kinder aufpassen sollen. Das Ausserkraftsetzen von personalrechtlichen Regelungen wie der maximalen Höchstarbeitszeit und notwendiger Ruhepausen für Spitalangestellte, zeigt, das sie als systemrelevant bezeichnet, aber weiterhin als zweitklassig behandelt werden. Dass die Folgen verantwortungsloser Entscheide auf ohnehin schon tragende Kräfte, genauer gesagt FTIQ*, abgewälzt werden, ist skandalös!

Das Virus legt die Herrschaftsverhältnisse und seine Widersprüche offen und verschärft sie: Es sind nicht die CEOs, Banker*innen, Immobilien-Besitzer*innen, Pharma-Hersteller*innen oder Technologie-Unternehmer*-innen die unsere Gesellschaft am Leben halten – sondern die oft unsichtbar gemachten Care-Arbeiter*innen und Arbeitskräfte in Einzelhandel und Logistik, die strategisch un(ter)bezahlt arbeiten. Und trotzdem werden letztere die Hauptleidtragenden der Krise sein, während erstere sich weiter um ihre Luxusprobleme «kümmern». Und genau das ist das Problem.

Vergessene Risikogruppen

Menschen, die aufgrund von Alter oder Vorerkrankungen besonders durch Corona gefährdet sind, gilt es unhinterfragt zu schützen. Nur ist die

Definition von «Risikogruppe» in der Praxis kurzsichtig. Es wird verdrängt, dass Menschen, die anderen tödlichen Risiken ausgesetzt sind, durch das Virus noch stärker bedroht werden. Für viele ist es nicht möglich, zu Hause zu bleiben – sei es, weil sie kein Zuhause haben, es beengend ist oder eine Gefahr darstellt, besonders bei häuslicher Gewalt.

Menschen, die ohnehin an den gesellschaftlichen Rand gedrängt sind – egal, ob sie über 60 Jahre alt oder vorerkrankt sind – werden nun eiskalt fallen gelassen: Menschen an Grenzen, in Ausschaffungsknästen und Asylslagern, die weder Wasserzugang noch Medikamente haben und unter menschenverachtenden Umständen dem Virus ausgeliefert sind. Menschen, die auf engem Raum in Gefängnissen leben, werden u. a. durch Besuchsverbote stärker isoliert und sind einer erhöhten Ansteckungsgefahr ausgesetzt. Im Gegensatz zu anderen Ländern wird in der Schweiz nicht einmal Inhaftierten, die der festgelegten Risikogruppe angehören, ein vermutlich überlebens- notwendiger Haftunterbruch ermöglicht. Auch Orte für soziale Beratungen und Kriseninterventionen sind durch die jahrelange Sparpolitik vernachlässigt, jetzt überlastet und in ihrer Arbeit eingeschränkt. So stehen obdachlose Menschen vor überfüllten Notschlafstellen – oder vor verschlossenen Mitmenschen, die «Social Distancing» beim Wort nehmen und sie völlig abweisen. Vielen ist nicht bewusst, dass auch Menschen mit Behinderung zur Risikogruppe zählen. Sie fürchten, dass ihre Pflegekräfte in die Spitäler abgezogen werden und ihre gesundheitlichen Bedürfnisse in die Warteschlange geraten. Es wird deutlich: Bestehende Formen der Unterdrückung reproduzieren und verstärken sich.

Der Appell zur Solidarität, der momentan zum Mantra vieler Regierungen dieser Welt geworden ist, hat harte Grenzen. Schauen wir genau hin, dann lautet ihre Devise «Solidarität für Auserwählte». Solidarität fängt auch jetzt nicht mit zu Hause bleiben an und hört erst recht nicht beim Klatschen auf. Die Abschottung anhand nationaler Grenzen zeigt, dass Solidarität weder gegenüber Nachbarländern existiert, noch für den globalen Süden. Auf Italiens Hilferuf hat kein einziges europäisches Land reagiert, sie nehmen empfindungslos das Sterben von Menschen in Kauf. Die privilegierte Position von Ländern wie der Schweiz basiert seit der Kolonialzeit auf struktureller Ausbeutung und globalen Machtgefällen. Deshalb ist zu erwarten, dass der globale Süden noch stärker getroffen wird. Die (staatlich) eingeforderte Solidarität ist ein leeres Versprechen, eine dreiste Forderung an alle, die marginalisiert und un(ter)bezahlt sind. Kapitalistische Strukturen sind im Kern unsolidarisch.

Wenn #stayathome sexistische Gewalt bedeutet

Für FTIQ*, Jugendliche und Kinder wird die Quarantäne besonders gefährlich. Es ist erwiesen, dass häusliche Gewalt während der Quarantäne in China um das Dreifache zugenommen hat, womit auch die Zahl der Femizide (Ermordung von FTIQ*) steigen wird. Die Situation ist weltweit alarmierend – die unzureichenden Massnahmen umso mehr. Bereits vor Corona haben in der Schweiz Frauen*häuser auf ihren Platzmangel aufmerksam gemacht und werden seit Jahren ignoriert. Durch die andauernde Unterfinanzierung und verstärkte Gewalt sind Frauen*häuser jetzt auf mehrfache Weise überlastet: sie sind überfüllt, wegen Quarantäne vorerst geschlossen und können Frauen*, die akut bedroht sind deshalb

nicht schützen. Während die Wirtschaft selbstverständlich finanziell aufgefangen wird, werden Frauen*häuser und damit die Leben von bedrohten FTIQ* dies nicht.

Die Ausgangsbeschränkung beeinflusst direkt das Recht auf Selbstbestimmung aller FTIQ* über ihre eigenen Körper. Die räumliche Enge verstärkt paternalistische Kontrollen, sodass FTIQ* mehr Unterdrückung und Gewalt durch ihren Partner oder Vater erleben können, wenn sie zum Beispiel versuchen (unbemerkt) einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen. Dieser ist ohnehin schwierig aufgrund der zeitlichen Frist und der erforderlichen Pflichttermine, wenn einige der Praxen, die aktuell noch Abbrüche vornehmen, Materialengpässe haben oder durch Corona-Erkrankungen geschlossen werden. Diese Situation verschärft sich, da es aufgrund der zunehmenden sexuellen Gewalt zu einem erhöhten Bedarf kommen wird. Weiter ist der Zugang zu Verhütungsmitteln nicht immer gewährleistet. Viele Praxen legen beispielsweise keine Spiralen mehr ein, weil dies nicht als dringender Eingriff zählt, und Kondome waren über längere Zeit ausverkauft. Es ist zu befürchten, dass vermehrt zu nicht sicheren Abtreibungsmethoden gegriffen wird, die lebensbedrohliche Folgen haben können. Einige konservative Staaten der USA haben bei dieser Gelegenheit Eingriffe auf undefinierte Zeit «verschoben». Nur lassen sich Schwangerschaftsabbrüche nun mal nicht einfach verschieben, was dazu führt, dass das feministisch erkämpfte Recht auf körperliche Selbstbestimmung quasi gänzlich ausser Kraft gesetzt wird. FTIQ* dazu zu zwingen, ungewollt schwanger zu bleiben, ist brutalste staatliche Gewalt und führt zu extremem psychischem Leid. Gewalt erfahren auch Menschen, deren

Behandlungen aufgrund des maroden Gesundheitssystems eingespart werden, spezifisch Trans*-Menschen, die sich in der Transition befinden, deren Hormonbehandlungen oder Operationstermin verschoben werden.

Mit der psychischen Belastung, die alle betrifft, wird verantwortungslos umgegangen. Personen, die zum Beispiel unter Angstzuständen leiden, die suizidgefährdet sind, oder Psychotherapie aufgrund der räumlichen Enge nicht durchführen können, leiden besonders unter der Situation. Die Isolation, die für viele psychische Gewalt bedeutet, hat Folgen für die mentale Gesundheit, die generell unterschätzt werden. Der zu erwartende Anstieg an Neuansmeldungen während und nach der Krise, wird die Wartezeiten für einen Platz bei einer Therapeut*in oder in einer Klinik verlängern – denn auch dort wird seit Jahren gespart.

Profit mit dem Risiko

Die Finanzkrise 2008 wurde als Schuldenkrise auf alle Lebensbereiche der Arbeiter*innen abgewälzt: Ob Gesundheit oder Wohnen, alles wurde teurer – Arbeitsbedingungen und die Grundversorgung hingegen schlechter. In Ländern wie Spanien oder Italien zeichnen sich die Folgen der Einsparungen besonders schonungslos ab: Menschen werden aufgrund nicht produzierter Beatmungsgeräte in den Tod geschickt und das medizinische Personal muss entscheiden, für welche Patient*innen sie kämpfen und welche sterben müssen. Diese Massnahme der Militärmedizin (Triage) führt zu sozialer Selektion, die wiederum marginalisierte Personen

insbesondere trifft: Menschen mit Beeinträchtigungen, Armutsbetroffene, Obdachlose, ältere und rassifizierte⁴ Menschen.

Das überwiegend weibliche* Krankenhauspersonal muss neben der Mehrarbeit auch für diese ökonomischen Entscheidungen herhalten. Sowohl sie als auch die Nächsten der Sterbenden müssen mit dieser traumatischen Erfahrung leben. Die Entscheidungsträger aus konservativer Politik und Ökonomie haben dieses Desaster zu verantworten, da sie seit Jahren Profit vor Leben stellen. Im Kapitalismus wird mit dem Risiko einer Krise spekuliert.

Über die Ursachen von Epidemien und deren Zusammenhänge mit der neokolonialen⁵ und kapitalistischen Produktionsweisen wird wenig gesprochen. Durch weltweite Industrialisierung, unregulierte Landwirtschaft und Massentierhaltung werden widerstandsfähige Ökosysteme zerstört. Dies ermöglicht die Entstehung von Viren, die durch beengte Arbeits- und Wohnverhältnisse öfter mutieren. Durch die weltweite Bewegung von Waren und Arbeitskräften können sich diese Viren schnell ausbreiten. Kurzum: Kehren wir zur «Normalität» zurück und machen so weiter wie zuvor, erwartet uns in absehbarer Zeit die nächste Epidemie.

Relativ unbesorgt geben sich hingegen derweil diejenigen, denen es gut geht: ob auf dem Immobilienmarkt, im Finanz- oder im

⁴ «Rassifizierung» beschreibt die Stereotypisierung und das hierarchisierende Bewerten von Menschen aufgrund wahrnehmbarer und nicht wahrnehmbarer Merkmale (z. Bsp. Hautfarbe oder Religion). Rassifizierung und Rassismus sind eng verbunden. Diese Machtordnung betrifft alle Lebensbereiche und -beziehungen (wirtschaftlich, politisch, sozial) und führt dazu, dass *weisse* Menschen global privilegiert sind.

⁵ «Neokolonial» beschreibt, dass auch nach dem Ende des formalen Kolonialismus eine Ausbeutung des globalen Südens durch den globalen Norden stattfindet, zum Beispiel durch problematische Handelsbeziehungen.

Versicherungssektor. Die 1%, die im «Normalbetrieb» der kapitalistischen Gesellschaft durch Ausbeutung reich werden, wird auch diese Krise nicht treffen. Viel eher schlagen sie daraus Profit. Von dem 500 Millionen schweren Hilfspaket des Kantons Zürich für die Wirtschaft werden so vor allem die Banken profitieren, da sie die Kredite zwar vergeben, jedoch der Kanton zu 85% für diese bürgt und viele Firmen ihre Kredite höchstwahrscheinlich nicht zurückzahlen können. Auch Rückversicherer wie Swiss Re (Umsatz 33 Milliarden USD) spekulieren auf den Profit mit dem makaberen Risiko der Katastrophe. Die «Normalität» ist ausbeuterisch und ungleich. Anhand der aktuellen Situation wird schmerzhaft deutlich, dass dies entlang rassistischer, vergeschlechtlichter und klassenspezifischer Grenzziehungen geschieht. Wir können nicht zur Normalität zurückkehren, denn sie ist das Problem.

Auf physische Distanz folgt sozialer Widerstand

Diese Krise verdeutlicht, dass wir die Welt, wie sie ist, ändern müssen. Wir rufen alle Frauen*, Trans*-, Inter* und genderqueere* Personen auf: Seien wir wütend! Halten wir an unseren widerständigen Strukturen fest, stärken wir sie! Kapitalismus, Ausbeutung, sexistische und patriarchale Strukturen, rassistische Ausgrenzung und Umweltzerstörung sind politisch gewollt und gemacht. Diese Verhältnisse können aber durch Sichtbarmachung, den Aufbau von Druck und Widerstand verändert werden.

Unsere Kämpfe und Überzeugungen sind dringender denn je: Es sind Fürsorge und Pflege, Solidarität und gegenseitige Unterstützung – nicht die «unsichtbare Hand des Marktes» – die unsere Gesellschaft aufrecht erhalten und die wir stärken müssen. Die Erkenntnis über die

Systemrelevanz der un(ter)bezahlten Arbeit zeigt sich aktuell, denn einige Arbeitgeber*innen, wie beispielsweise die Universität Zürich und Coop haben bereits erklärt, die Kinderbetreuung zu Hause durch Entlohnung als Arbeitszeit anzuerkennen. Wir fordern, dass dies für alle durchgesetzt wird und zwar nicht nur temporär, sondern auch zukünftig. Dazu braucht es schlichtweg den politischen Willen!

Im Zuge der Massnahmen gegen Corona werden staatliche Kontrollen im öffentlichen Raum ausgeweitet. Die Atmosphäre der Angst ist der Nährboden für staatliche Repression und verstärkte polizeiliche Gewalt, so auch Racial Profiling⁶. Inwiefern Corona Rassismus zum Vorschein bringt und verstärkt, zeigt sich auch in den haltlosen Schuldzuschreibungen der Virusverbreitung gegenüber asiatisch gelesenen Menschen. Der Krisenherd ist nicht China und auch nicht Corona – es ist der globale, national geprägte Kapitalismus mit seinen rassistischen und patriarchalen Mechanismen! Wir lehnen Standpunkte, wie der von der BAG propagierte Slogan «So schützt sich die Schweiz #soschützenwiruns» ab – weil sie nationalistisch und ausgrenzend sind. Ernst gemeinte internationale Solidarität ist nötig – so auch dringend für Rojava, dem selbstverwalteten Gebiet im Nord-Osten Syriens, das weiterhin von der Türkei und Milizen bombardiert wird und ohnehin nicht über ausreichende medizinische Versorgung verfügt.

Die Massnahmen und die grundsätzlich fehlende gesellschaftliche Fürsorge verunsichern unsere sozialen Interaktionen und Beziehungsformen – das Zwischenmenschlichste, Persönlichste und

⁶ «Racial Profiling» beschreibt polizeiliche Handlungen, die auf Basis der Rassifizierung Menschen/Gruppen diskriminieren und bedrohen.

Intimste. Der Kapitalismus versucht stets, uns zu individualisieren – doch in den letzten Jahren haben emanzipatorische Bewegungen überall breite Netzwerke geschaffen. Verbinden wir unsere Kämpfe! Wehren wir uns gemeinsam gegen Entlassungen, schlechte Arbeitsbedingungen, Gewalt und Repression. Schaffen wir solidarische Unterstützungsstrukturen in der Nachbar*innenschaft und darüber hinaus. Stärken wir soziale Verbindungen trotz physischer Distanz: Nutzen wir bisherige Organisationsformen und neue Möglichkeiten der digitalen Vernetzung, teilen wir Wissen und Fähigkeiten. Bleiben wir acht- und wachsam, lernen wir aus den Erfahrungen vieler, hören wir einander zu. Für eine starke feministische Praxis!

FTIQ* auf der ganzen Welt wehren sich und kämpfen für eine solidarische Zukunft: Arbeiter*innen der Migros Cornavin in Genf, die unmittelbar gesundheitlichen Risiken ausgesetzt waren, haben ihre Arbeit erfolgreich niedergelegt. In Zürich trägt die Ni Una Menos Gruppe ihren Protest gegen Femizide auch während der Isolation weiter. In Chile protestieren Millionen von Feminist*innen auf ihren Balkonen gegen das patriarchale, neoliberale Regime. Unsere Genoss*innen in Italien rufen unter dem Hashtag #IORESTOACASAMA (#ICHBLEIBEZUHAUSEABER) zum täglichen feministischen Kampf auf.

Als feministisches / Frauen*streik-kollektiv vernetzen wir uns mit sozialen Bewegungen, die am selben Strang ziehen und entwickeln gemeinsame Perspektiven, die aus der Pandemie des Kapitalismus hinaus und in eine solidarische, feministische Zukunft führen!

FTIQ* schliesst euch der intersektionalen feministischen Bewegung an!

Vernetzen wir uns:

Websites: frauenstreikzuerich.ch
streikhaus.ch
Facebook: www.facebook.com/frauenstreikenzh/
Instagram: [feministischerstreik_zh](https://www.instagram.com/feministischerstreik_zh/)
Twitter: twitter.com/@frauenstreikZ

Weiterführende Infos:

syllabus.pirate.care/topic/coronanotes/
www.woz.ch/2013/gesundheitspolitik/geplante-unterversorgung
www.wildcat-www.de/aktuell/a112_socialcontagion.html
www.neues-deutschland.de/artikel/1134686.danteske-szenen.html
www.ojourmag.ch/seuche-schulden-solidaritat/
www.aljozeera.com/indepth/opinion/coronavirus-taught-inequality-20031620440117.html
static1.squarespace.com/static/59f87d66914e6b2a2c51b657/t/5e7bbeef7811c16d3a8768eb/1585168132614/AAFZine3_CareintheTimeofCoronavirus.pdf
www.republik.ch/2020/03/26/versaemnisse-bei-pandemie-vorsorge-kurzarbeits-gesuche-fuer-484-000-arbeit-nehmer-und-mehr-haeusliche-gewalt
taz.de/Schwangerschaftsabbrueche-und-Corona/15673197/
www.srf.ch/news/international/coronavirus-hinter-gittern-wenn-gefaengnisse-zu-tickenden-zeitbomben-werden
www.welt.de/politik/deutschland/article206767157/Raul-Krauthausen-zu-Corona-Behinderte-haben-Angst-um-ihre-Existenz.html
www.jetzt.de/gesundheit/wie-werden-schwangerschaftsabbrueche-vom-coronavirus-beeinflusst

